

Gemeinde Grünheide (Mark)

Der Bürgermeister



Grünheide (Mark), den 20.05.2025

Öffentliche Bekanntmachung

Betreff: Bekanntmachung über die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch für den Gemeinsamen Flächennutzungsplan nach § 204 Baugesetzbuch der Gemeinden Spreenhagen und Grünheide (Mark) – hier: Flächennutzungsplan der Gemeinde Grünheide (Mark)

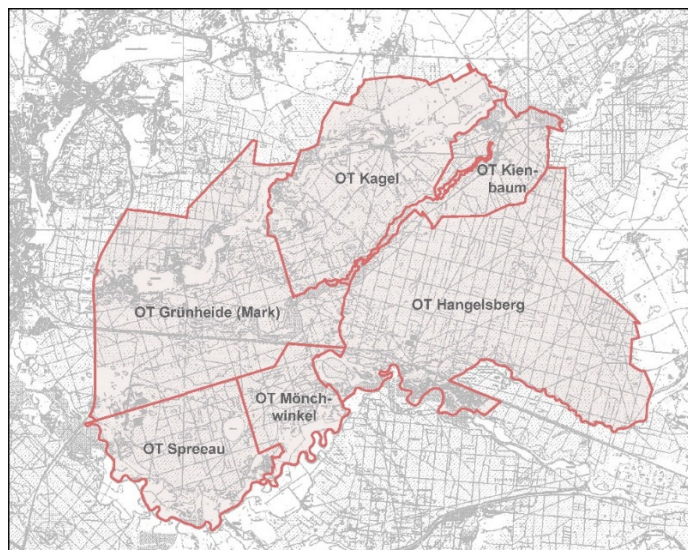
Aus formalen Gründen ist eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit zum Flächennutzungsplan der Gemeinde Grünheide (Mark) erforderlich. Inhaltlich sind keine Änderungen an den Unterlagen erfolgt.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Grünheide (Mark) hat in ihrer öffentlichen Sitzung am 17.06.2021 die Aufstellung eines gemeinsamen Teilflächennutzungsplanes der Gemeinden Grünheide (Mark) und Spreenhagen beschlossen.

Die Gemeinden Grünheide (Mark) und Spreenhagen stellen auf der Grundlage der beschlossenen Kooperationsvereinbarung einen gemeinsamen Flächennutzungsplan nach § 204 BauGB auf. Dieser Flächennutzungsplan wird in zwei, sich jeweils auf die Gemeinde beziehenden Dokumenten, dargestellt. Die Darstellungen sind, entsprechend den in § 204 BauGB gestellten Anforderungen, miteinander abgestimmt. Der Landschaftsplan wird parallel zum Flächennutzungsplan der Gemeinde Grünheide (Mark) aufgestellt.

Plangebiet

Die Gemeinde Grünheide (Mark) befindet sich im nördlichen Teil des Landkreises Oder-Spree. Die heutige Gemeinde entstand durch den Zusammenschluss von sechs Gemeinden, den heutigen Ortsteilen Grünheide (Mark), Hangelsberg, Kagel, Kienbaum, Mönchwinkel und Spreeau, zwischen 2001 und 2003. Der Geltungsbereich des gemeinsamen Flächennutzungsplans, hier: Flächennutzungsplan der Gemeinde Grünheide (Mark), erstreckt sich über die Gesamtfläche der Gemeinde und beträgt ca. 127 km².



Geltungsbereich Flächennutzungsplan Gemeinde Grünheide (Mark)

Planziel

Die Gemeinden Grünheide (Mark) und Spreenhagen stehen durch die Ansiedlung der Tesla-Gigafactory in Grünheide (Mark) vor einer veränderten Situation in Bezug auf die gemeindliche Entwicklung. Vor diesem Hintergrund soll eine Planungsgrundlage erarbeitet werden, welche den Anforderungen an aktuelle und künftige Herausforderungen der Bauleitplanung Rechnung trägt.

Der Entwurf des gemeinsamen Flächennutzungsplans der Gemeinde Grünheide (Mark) mit der Begründung und dem Umweltbericht sowie den wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Zeit vom

05.06.2025 bis einschließlich 17.07.2025

im Internet auf folgenden Seiten einsehbar:

<https://www.geoportal-gruenheide.de/auslegungen.php>

<https://bb.beteiligung.diplanung.de>

Darüber hinaus liegen die o.g. Unterlagen während der Dauer der Veröffentlichungsfrist als weiter leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit im

Rathaus der Gemeinde Grünheide (Mark)
Am Marktplatz 1
2. Obergeschoss
15537 Grünheide (Mark)

während der Zeiten

Montag	07.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Dienstag	07.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Mittwoch	07.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Donnerstag	07.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Freitag	07.00 Uhr bis 12.00 Uhr

zur Einsicht aus.

Einsichtnahmen sind auch außerhalb der Öffnungszeiten nach vorheriger Terminvereinbarung bei Frau Welkisch, Tel: 03362 5088 410, Mail: bauleitplanung@gemeinde-gruenheide.de möglich.

Stellungnahmen können während der Dauer der Veröffentlichungsfrist von jedermann abgegeben werden. Die Abgabe von Stellungnahmen soll elektronisch, z.B. über das Geoportal, das DiPlan Planungsportal Brandenburg oder per E-Mail an bauleitplanung@gemeinde-gruenheide.de erfolgen, bei Bedarf können Stellungnahmen auch auf anderem Weg abgegeben werden.

Stellungnahmen können auch schriftlich an:

Gemeinde Grünheide (Mark)
Am Marktplatz 1
15537 Grünheide (Mark)

oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Die fristgerecht abgegebenen Stellungnahmen werden geprüft und der Gemeindevertretung zur Entscheidung vorgelegt. Das Ergebnis wird mitgeteilt.

Folgende umweltbezogene Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (Stand 2024) liegen vor:

- Gemeinsame Landesplanung vom 25.11.2024
- Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree vom 07.08.2024
- Landesamt für Umwelt vom 15.08.2024
- Landkreis Oder-Spree vom 09.08.2024

- Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände vom 23.08.2024
- Landesbetrieb Forst Brandenburg vom 09.08.2024
- Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe vom 12.08.2024
- Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum vom 26.07.2024
- Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung vom 19.08.2024
- Wasserverband Straußberg-Erkner vom 08.08.2024

umweltbezogene Informationen

Schutzgut Boden/Fläche

Bewertung von Bodenarten und der Naturhaushaltsfunktionen des Bodens wie Erosionsschutz und Ertragspotenzial, Abbau von Bodenschätzen, vorhandene Bodenverhältnisse einschließlich Informationen zu Altlasten und sonstigen Bodenverunreinigungen sowie vorhandene und künftige Bodenversiegelung; Darstellung und Bewertung der Inanspruchnahme bisheriger unbebauter Landwirtschafts- und Waldflächen als künftige Siedlungsfläche Maßnahmen zur Eingriffsminderung und zum Ausgleich – Flächen zum Schutz, Pflege und Entwicklung u.a. von Boden, Wiedervernässung von Moorböden.

Schutzgut Wasser (Oberflächenwasser und Grundwasser)

Bewertung der Naturhaushaltsfunktionen wie Grundwasserschutz und Grundwasserneubildung, Auswirkungen der Bebauung auf die Grundwasserneubildung; keine neuen Siedlungsflächen in Grundwasserschutzgebieten und in Überschwemmungs- und Hochwasserrisikogebieten, Rückhaltung von Niederschlagswasser.

Schutzgut Klima und Luft

Darstellung und Bewertung der Naturhaushaltsfunktionen durch Einteilung der Flächen in Klimatope, Bewertung der mikroklimatischen Ausgangssituation einschließlich Luftgüte und zu erwartende Veränderungen; Minderung lokalklimatischer Auswirkungen der Neubebauung z.B. durch Erhalt von Gehölzen und durch Neupflanzungen.

Schutzgüter Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt, Schutzgebiete und Schutzobjekte

Die Bewertung der Biotope erfolgt verbal-argumentativ nach einer fünfstufigen Skalierung von „sehr hoch“ bis „sehr gering“ für verschiedene Kriterien. Im Rahmen des Landschaftsplanes erfolgen Recherchen und Bestandsdarstellungen zu im Gemeindegebiet vorkommenden Vogelarten, insbesondere zu Arten des Anhang 1 der Vogelschutz-Richtlinie bzw. der Roten Liste Brandenburgs sowie anderen Artengruppen. Zudem werden Aussagen zum Biotopverbund getroffen. Eine konkrete Artenschutzprüfung hat auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung zu erfolgen und ist nicht Bestandteil der Unterlagen. Im Plangebiet wurden nationale und europäische Schutzgebiete (Naturschutz- Landschaftsschutz und FFH-Gebiete) dargestellt. Im Landschaftsplan werden zusätzlich Naturdenkmäler und geschützte Landschaftsbestandteile wie z.B. gesetzlich geschützte Biotope benannt. Es werden keine Baugebiete in den Schutzgebieten ausgewiesen.

Schutzgut Landschaftsbild/ Erholung

Beschreibung und Bewertung des Landschaftsbildes, voraussichtliche Veränderungen durch die Neubebauung und Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung nachteiliger Auswirkungen, z.B. durch Flächen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft.

Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung

Für die vorgenannten Schutzgüter als Grundlage für die Abwägung sowie die Ermittlung des Umfangs von Ausgleichsmaßnahmen.

Schutzgut Mensch einschließlich menschlicher Gesundheit

Bewertung der Faktoren, die je nach Ausprägung und Intensität zu einer Ab- und Aufwertung der jeweiligen Flächen für das Schutzgut Mensch führen (Störungsfreie Zuordnung von Bauflächen, Erhaltung von Flächen für die landschaftsgebundene Erholung, etc.)

Kultur- und sonstige Sachgüter

Kennzeichnung und Erhalt von Baudenkmalen und Bodendenkmalen

Wechselbeziehungen und -wirkungen zwischen den Schutzgütern

Aussagen zu den Wechselbeziehungen und -wirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern

Hinweise

Es wird gemäß § 4a Abs. 5 BauGB darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Flächennutzungsplan unberücksichtigt bleiben können, sofern die Gemeinde deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Flächennutzungsplans nicht von Bedeutung ist.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage des § 3 BauGB in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO und dem Brandenburgischen Datenschutzgesetz. Sofern Sie Ihre Stellungnahme ohne Absenderangaben abgeben, erhalten Sie keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Formblatt: Informationspflichten bei der Erhebung von Daten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach BauGB (Art. 13 DSGVO), welches mit ausliegt.

Des Weiteren wird nach § 3 Abs. 3 BauGB darauf hingewiesen, dass eine Vereinigung im Sinne des § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Absatz 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes gemäß § 7 Absatz 3 Satz 1 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Christiani
Bürgermeister